

Welcher Anteil der Gesetzgebung ist europarechtlich determiniert? Wie hat sich dies mit der Zeit verändert?

Die Aufgabenstellung

Das von uns gewählte Thema beschäftigt sich mit dem Einfluss des Rechts der EU auf nationales Recht. Wir wollten feststellen, wie groß dieser Anteil ist und vor allem, ob er sich im Laufe der Zeit vergrößert oder verkleinert hat.

Die Auswirkungen des Unionsrechts spüren wir alle in unserem täglichen Leben, sei es bei Wareneinkäufen aus dem Ausland ohne Zoll, freien Grenzüberschritten oder anhand der Cookie-Banner einer Webseite. Aber neben dem unmittelbar anwendbaren Unionsrecht gibt es auch noch Rechtsakte, die der Umsetzung in Form von nationalem Recht bedürfen. Dies haben wir in unserer Arbeit geprüft, nämlich welche Gesetzgebungsakte Österreichs ausdrücklich durch EU-Recht beeinflusst wurden.

Unsere Herangehensweise

Vorüberlegungen

Um eine Antwort auf unsere Fragestellung zu finden haben wir sowohl die Bundesgesetzblätter als auch die Landesgesetzblätter analysiert. Dabei kann man zur Feststellung eines Einflusses darauf abstellen, ob das betreffende Bundesgesetzblatt eine CELEX-Nummer zitiert. Die CELEX-Nummer ist eine Eindeutige Kennung von Dokumenten, die im EUR-Lex, dem Rechtsinformationssystem der EU, verfügbar sind. Liegt eine solche CELEX-Zitierung vor, so wird davon ausgegangen, dass es einen gewissen Einfluss der Union auf die Inhalte dieses Gesetzblattes gegeben hat.

Um gerade bezüglich der Veränderung eine zuverlässige Aussage treffen zu können, wurden alle Bundes- bzw. Landesgesetzblätter herangezogen, die im RIS in authentischer Form abrufbar sind. Das umfasst alle Bundesgesetzblätter seit 2004 sowie alle Landesgesetzblätter seit 2014 oder 2015 je nach Bundesland.

Umsetzung

Die grundlegende Vorgangsweise war bereits zu Beginn klar. Die Daten sollen über die RIS-API abgerufen und anschließend in einen Dataframe eingefügt werden. Dafür wurde ein Loop verwendet.

In unserem ersten Entwurf haben wir noch den gesamten Text mitabgerufen und danach versucht, aus diesem mittels der Regular Expression `[0-9]{5}[A-Z][0-9]{4}` die CELEX-Nummer(n) herauszufiltern. Dabei trat jedoch der Fehler auf, dass im Text alle CELEX-Nummern doppelt enthalten waren.

Direkt gelöst haben wir dieses Problem nicht, stattdessen haben wir uns noch einmal genauer mit der API auseinandergesetzt und festgestellt, dass wir alle nötigen Informationen direkt mithilfe der API abrufen können.

Für die Landesgesetzblätter haben wir einen eigenen, separaten Dataframe erstellt, der sich allerdings kaum von dem der Bundesgesetzblätter unterscheidet.

Unser neue Dataframe enthält zu jedem Gesetzblatt folgende Informationen:

- ID
- URL
- institution (die einbringende Stelle)
- issue_date (das Veröffentlichungsdatum; mithilfe des datetime-Modules als Klasse date abgelegt)
- region (Bundesland, nur bei LGBl.)
- celex_number (gibt an, welche CELEX-Nummern zitiert wurden; der Wert ist „None“, wenn keine gefunden wurden)
- celex_number_count (gibt als integer an, wie viele CELEX-Nummern zitiert wurden)
- title
- age (Alter des Gesetzblattes in Tagen)

Aus diesen Daten kann abgelesen werden, wie viele und welche Gesetzblätter CELEX-Nummern zitieren.

Für eine bessere Auswertung, insbesondere hinsichtlich der Veränderung im Laufe der Zeit, haben wir eine Analyse-Funktion erstellt. Diese gibt immer eine graphische Darstellung aus. Je nachdem, welche Parameter aktiviert werden, können so die Ergebnisse strukturiert veranschaulicht werden.

Wir haben außerdem noch wie gewünscht eine Funktion eingebaut, die einen Graphen erstellt, der jahrweise ausgibt, wie viele Gesetzblätter eine CELEX-Nummer zitiert haben und wie viele Nummer insgesamt zitiert wurden.

Die Ergebnisse

Bundesrecht

Insgesamt haben nur 4,95% aller BGBl. (insgesamt 512) eine CELEX-Nummer zitiert. Die lineare Regression steigt minimal. Grundsätzlich scheint es aber über die Zeit kaum Veränderungen bezüglich des unionsrechtlichen Einflusses gegeben zu haben.

Landesrecht

Bei Landesrecht sind die Ergebnisse teils verfälscht, da Kärnten, Salzburg und Tirol keine CELEX-Nummern in ihren Gesetzblättern zitieren.

Wenn also insgesamt 7,2% aller LGBl. CELEX-Nummern zitieren, so muss der tatsächliche europarechtliche Einfluss noch größer sein. Interessant bei diesem Ergebnis war, dass die lineare Regression nicht in allen auswertbaren Bundesländern gleich oder auch nur ähnlich war. Sie fällt allerdings überall mit Ausnahme von Vorarlberg, wo sie sogar vergleichsweise recht deutlich ansteigt.